

Anhang

A. Rheinmetall AG, Pressemitteilung „Rheinmetall contra Staeck“, 21.12.1981

**RHEINMETALL
BERLIN** AKTIENGESellschaft

Presse-Information Presse-Information Presse-Information

Rheinmetall Berlin Aktiengesellschaft
Ulmestraße 125, Postfach 6609
D-4000 Düsseldorf 1
Pressestelle Telefon 02 11/4 47 21 23
Telex 8 584 963 a rhmt d
BTX 756
Düsseldorf
21. 12. 1981

Rheinmetall contra Staeck

Rheinmetall, bzw. der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens haben die juristischen Aktivitäten gegen Herrn Staeck eingestellt.

In verschiedenen juristischen Instanzen war dem sogenannten künstlerischen Interesse des Herrn Staeck eine übergeordnete Bedeutung gegenüber den im Grundgesetz gesicherten Persönlichkeitsrechten der von ihm auf einem Poster abgebildeten Mitglieder der Geschäftsführung der Rheinmetall GmbH und des Vorstandsvorsitzenden beigemessen worden. Das Unternehmen sah in dem nach Meinung des Herrn Staeck in den Bereich Kunst gehörenden Plakates, das neben der Personendarstellung den Text "Alle reden vom Frieden - Wir nicht" enthält, eine Diskriminierung der Mitarbeiter der Rheinmetall-Wehrtechnik.

Rheinmetall stellt fest, daß die Mitarbeiter des Unternehmensbereiches Wehrtechnik einen wesentlichen Beitrag zur wehrtechnischen Ausrüstung von Bundeswehr und Bündnis - und insofern zur Friedenssicherung leisten.

Rheinmetall hat deutlich gemacht, daß das Unternehmen Mitarbeiter und Management vor Diffamierung und Diskriminierung zu schützen sucht.

Eine weitere Auseinandersetzung mit Herrn Staeck - in jüngster Zeit durch mehrere große Ausstellungen in der DDR und Ost-Berlin ausgezeichnet - führt ausschließlich zu einer unnötigen Aufwertung dieser nunmehr unzweideutig politisch qualifizierten "Kunst".

*B. Leserbrief des Bundestagsabgeordneten Wilfried Böhm, Hersfelder Zeitung,
26.5.1976⁹³²*

Staecks „Kunst“ politische Hetze

Die neueste Masche der Sozialisten im Kampf gegen die CDU/CSU ist es, dass sie ihre politischen Kampfplakate zu „Kunstwerken“ hochstilisieren und dafür allgemein gültigen Aussagewert beanspruchen. Der politische Agitator Staeck ist ein Musterbeispiel für diese zu „Kunst“ verklärte Hetze gegen politisch Andersdenkende.

Drei „Werke“ des „Künstlers“ seien kurz beschrieben:

1. Da wird der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauß, als Metzger blutverschmiert dargestellt, lange Messer in der Hand, auf der Brust steht: „Wählt christlich“ und über dem „Kunstwerk“: „Entmannt alle Wüstlinge!“
2. Da werden Strauß, Axel Springer und der Journalist Löwenthal waffenstarr karikiert und die Überschrift lautet: „Der kalte Krieg macht uns erst richtig heiß“ – so als ob der Kalte Krieg nicht von Moskau und den Kommunisten, sondern von demokratischen Politikern, Verlegern und Journalisten ausginge.
3. Da werden Opfer der Konzentrationslager in Chile dargestellt und dem Betrachter des „Kunstwerks“ suggeriert, dass die CDU die Verschleppung in faschistische Konzentrationslager billige.

Die Agitation Staecks ist typisch faschistisch. Wenn sie „Kunst“ ist, dann sind auch die Hetzkarikaturen der Nazis, mit denen sie im „Stürmer“ unsere jüdischen Mitbürger verächtlich machten, nachträglich als „Kunstwerke“ anzusehen. Wenn die CDU in derselben Art antworten würde und solcherart „Kunst“ produzieren und in den politischen Kampf einbeziehen ließe, würde sie zum Beispiel folgende Plakate herausbringen.

1. Ein Opfer des kommunistischen Schießbefehls verblutet an der Mauer und daneben steht Bundeskanzler Schmidt – natürlich als Karikatur entstellt – und spricht: „Die Kosten für die Munition übernimmt der westdeutsche Steuerzahler!“
2. Brandt und Wehner – natürlich zur Karikatur verunstaltet – stehen vor dem Kreml in Moskau und melden in militärisch strammer Haltung: „Befehl ausgeführt – Deutschland kommunistisch!“

Welcher Aufschrei des Entsetzens würde durch die deutsche Öffentlichkeit gehen bei solcherart Plakaten! Das wäre „Staeck umgekehrt“ und trüge

932 Vgl. OLG Frankfurt/Main, 7.6.1977, 14 U 216/76, S. 3 f.

zur Verwilderung der politischen Sitten bei – an der sich die CDU nicht beteiligt und auch nicht beteiligen wird. Es ist beschämend, dass sich die SPD dieser Staeck-Plakate bedient und „Kunst“ als Schlagwaffe gegen die CDU/CSU benutzt.

In die Parlamentarische Gesellschaft in Bonn, den Club der Abgeordneten aller Fraktionen, in dem – Gott sei Dank! – bisher noch das kollegiale Gespräch über Parteigrenzen hinweg, ungezwungen und offen möglich war, schleppten einige SPD-Abgeordnete als Provokation diese die CDU-Mitglieder des Clubs beleidigenden Polit-Plakate. Viele SPD-Kollegen waren über dieses Vorgehen entsetzt und billigten es keineswegs.

Man stelle sich vor, Plakate gegen Schmidt, Brandt und Wehner, wie ich sie oben beschrieben habe, würden in den Wohnungen oder Vereinslokalen angebracht, in denen SPD-Mitglieder wohnen oder Mitglied sind. Auch sie würden sich diese Provokation nicht bieten lassen. Mit einem Angriff auf die Meinungsfreiheit hat die Verteidigung gegen diese unerhörten Beleidigungen, begangen in privaten Clubräumen, aber auch nicht das Geringste zu tun.

Nun mag der eine oder andere vielleicht sagen, die hässlichsten Staeck-Plakate seien in Bad Hersfeld nicht gezeigt worden. Diese Staeck-Freunde müssen sich sagen lassen, dass sie dann unter dem Gesichtspunkt der politischen Opportunität das „Werk“ ihres verehrten „Künstlers“ manipulieren und in der Öffentlichkeit den Blick auf die Gesamtpersönlichkeit Staecks verwehren. Und das grenzt ja wohl nach dieser Denkart wieder an Zensur!

Ich meine, dass alle Demokraten Schluss mit der hässlichen Agitation machen sollten, die die Atmosphäre vergiftet und letztlich nur auf die SPD zurückfällt, die sich solcher Methoden leider bedient.

C. Zeitungsartikel mit Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat, Dr. Raban von der Malsburg, Rhein-Neckar Zeitung vom 28.3.1994

In der Nachverdichtungs-Diskussion

CDU wirft OB Vetterwirtschaft vor. Statt Wohnungsbau „alten Schuppen an Klaus Staeck vermietet“

Im Zusammenhang mit dem Thema „Nachverdichtung“ hat jetzt der CDU-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Dr. Raban von der Malsburg, nicht nur heftige Kritik an SPD und GAL geübt, denen er vorwirft, wichtige Flächen für den Wohnungsbau gestrichen zu haben. Er greift auch Oberbürgermeisterin Beate Weber an, der er wegen der Vermietung eines

Schuppens auf dem Gelände der ehemaligen Glockengießerei Schilling an ihren Parteifreund Klaus Staeck „Vetternwirtschaft“ vorhält. In der Erklärung des CDU-Fraktionschefs heißt es:

„Das Thema ‚Nachverdichtung‘ wird von einigen Mitgliedern des Gemeinderates mit sehr kurzem Gedächtnis geführt. Es ist noch gar nicht lange her, da haben SPD und GAL Flächen für den Wohnungsbau gestrichen mit der Begründung, es gebe genug Wohnungen. Daraufhin sind die Wohnungen knapp und teuer geworden. Als SPD und GAL ihren Fehler bemerkten, haben sie aber nicht ausreichend Wohnbauflächen wieder zur Verfügung gestellt, sondern sie haben ein ‚Baulückenprogramm‘ erfunden mit der These, der notwendige Baubedarf könne in den Baulücken befriedigt werden. Auf die Veraltung wurde starker Druck ausgeübt, für die Schließung der Baulücken zu sorgen. Es wurde sogar Baugebote ausgesprochen und in einem Fall war auch von Enteignung die Rede.

Jetzt regte sich der Widerstand der Nachbarn dieser Grundstücke. In vielen Fällen wurden auch wirklich Bauanträge vorgelegt, die den Bogen entschieden überspannten. Aber nun machten SPD und GAL unter dem Druck der betroffenen Bürger eine radikale Kehrtwende und kritisierten dieselbe Verwaltung, die sie eben noch zur verstärkten Schließung der Baulücken angetrieben hatten, sie genehmige zu viel.

Aus Baulücken wurden jetzt wieder Biotope. Eine höchst seltsame Wandlung. Nur in einem sind sich SPD und GAL ganz treu geblieben. Die zuvor gestrichenen Wohnbauflächen soll es nicht mehr geben. 800 Wohnungen pro Jahr wurden versprochen. Das Ziel ist zu niedrig angesetzt, wie auch die GAL zugibt – und es wurde nicht erreicht. Die Mieten steigen weiter.

Die Krönung dieser Politik leistete sicher aber kürzlich die Mehrheit des Bauausschusses: Für eine unserer größten Reserveflächen, das Gelände der ehemaligen Glockengießerei Schilling in Bergheim, hat er beschlossen einen wesentlichen Teil von der Bebauung auszunehmen und einen dort vorhandenen Schuppen stehen zu lassen. Der Schuppen wurde kürzlich von Oberbürgermeisterin Beate Weber (SPD) an Herrn Klaus Staeck (SPD) vermietet. Dieser obskure Beschluss, der Herrn Staeck begünstigt, verhindert 35 Wohnungen. Er wurde mit den Stimmen von SPD und GAL und – soviel ich weiß – auch der LD gefasst. Vetternwirtschaft ist für sowas ein noch zu freundlicher Ausdruck.“